Mehr bundespolitische Aufmerksamkeit für ostdeutsche Wirtschaftsthemen

„Ostdeutsche Wirtschaftsthemen brauchen bundespolitisch eine stärkere Stimme und Gewicht“, sagte Gerold Jürgens, Präsident des Unternehmerverbandes Vorpommern e.V. und Sprecher der Interessengemeinschaft aller ostdeutschen Unternehmerverbände, am Montagvormittag zur Eröffnung eines Arbeitsmeetings der Verbände aus den neuen Bundesländern in Heringsdorf. Gäste waren der Ostbeauftragte der Bundesregierung Marco Wanderwitz, der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor und Dr. Stefan Rudolph, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

„Die ostdeutschen Unternehmerverbände vertreten 20.000 Unternehmen in Deutschland, die alle vor ähnlich gelagerten Herausforderungen stehen“, betonte Dr. Burkhard Greiff, Präsident des Unternehmerverbandes Brandenburg e.V.. Die zumeist kleinen und mittelständischen Unternehmen besitzen wenig Eigenkapital, haben traditionell ihre Märkte im Osten und stehen vor einem gravierenden Fachkräftemangel. Gemeinsam seien die Verbände deshalb übereingekommen, ein neues Arbeitsgremium zu gründen, um die Vernetzung von Politik und Wirtschaft zu beschleunigen und die eigenen Interessen in den strukturschwachen Regionen besser darstellen zu können. So wollen die Präsidenten der Unternehmerverbände künftig mindestens zwei Mal im Jahr gemeinsam mit den Staatssekretären der Wirtschaftsministerien der Länder und dem Ostbeauftragten der Bundesregierung zusammenkommen, um konkrete Vorschläge zu beraten.